

Medienmitteilung

Verwaltungsrat fügt der SRG Schaden zu

Die SRG Bern Freiburg Wallis ist zutiefst enttäuscht über den Entscheid des SRG-Verwaltungsrats, das Radiostudio Bern nach Zürich zu verlegen. Mit diesem Schritt wird die SRG an Rückhalt in Bevölkerung und Politik verlieren. Aus Sicht des Vorstands der SRG Bern Freiburg Wallis steht diese Zentralisierung einem öffentlich finanzierten, national tätigen Medium nicht gut an. Gleichzeitig macht sich der Vorstand Sorgen um die Journalistinnen und Journalisten des Radiostudios. Er fordert von der SRG-Spitze, jegliche Sanktionen gegen das Personal zu unterlassen und den Abbau in Bern mit einem Höchstmass an Sozialverträglichkeit zu gestalten.

Heute entschied der Verwaltungsrat, SRF in Zürich zu konzentrieren. Der Studiostandort Bern wird damit marginalisiert. Die SRG Bern Freiburg Wallis hat sich vehement gegen einen Umzug des Radiostudios eingesetzt: Die Vorstandsmitglieder führten unzählige Gespräche, die Genossenschaft unterstützte die Protestaktion auf dem Bundesplatz und zudem sprach sich der Präsident öffentlich klar gegen den Umzug aus. Mit seinem Entscheid stösst der Verwaltungsrat die SRG Bern Freiburg Wallis vor den Kopf und fügt der föderalistisch verankerten SRG Schaden zu. Der Rückhalt in der Bevölkerung droht wegzubrechen.

Die Genossenschaft SRG Bern Freiburg Wallis ist Teil der SRG-Familie. Den geplanten Umzug des Radiostudios Bern hat sie jedoch von Beginn an nicht mitgetragen: Im Mai 2018 hatte die Generalversammlung in Brig ohne Gegenstimme eine Resolution verabschiedet, mit der Verwaltungsrat und Direktion der SRG aufgefordert worden waren, die Abklärungen für einen Studioumzug unverzüglich einzustellen. Bern müsse im Vergleich zu Zürich und Basel ein mindestens gleichwertiger redaktioneller Standort bleiben. Legitimiert wird die Resolution auch durch die Statuten der SRG Bern Freiburg Wallis, welche die Genossenschaft verpflichten, sich für die Förderung des Studiostandorts Bern einzusetzen.

Diskussion über die Zukunft der Genossenschaft

Der Vorstand ist auf Basis der Resolution aufgefordert, sich über die Zukunft der Genossenschaft Gedanken zu machen, nachdem ihre Anliegen bei der SRG-Spitze keinerlei Gehör fanden. Ein Antrag, der dem Vorstand zur Beratung vorliegt, fordert, ohne Scheuklappen alle möglichen Szenarien zu diskutieren. Diese reichen von der Weiterarbeit innerhalb der SRG bis hin zu einem Austritt. In jedem Fall wird der Vorstand der Generalversammlung das weitere Vorgehen unterbreiten. Das letzte Wort haben die Genossenschafterinnen und Genossenschafter.

SRG-Spitze muss nun soziale Verantwortung wahrnehmen

Zudem gilt es, an die Mitarbeitenden zu denken. Sie mussten wegen der Diskussion um das Radiostudio unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Der Entscheid gegen Bern dürfte für viele ein schwerer Schlag sein und Existenzen gefährden. Die SRG Bern Freiburg Wallis fordert die SRG auf, soziale Verantwortung gegenüber dem Personal zu übernehmen und den Abbau mit einem Sozialplan und in enger Absprache mit den Personalverbänden zu gestalten.

Weitere Auskünfte:

Léander Jaggi, Präsident, Tel. 079 200 11 40